

Standpunkt: Wolfgang Lusak

Gefolterter Mittelstand

Ob nun die Rücknahme der GmbH-Light-Reform und des Gewinnfreibetrags zurückgenommen wird oder nicht, ist nur ein Randproblem des Mittelstandes. Denn wenn die jetzige Regierung nicht bald generell was für das Herz unserer Wirtschaft tut, dann wird sie sich die einzig nachhaltige Steuerquelle Österreichs zuschütten.

Aktuell macht sich nämlich lähmende Verzweiflung im Mittelstand breit: Die Führungskräfte des Mittelstandes fühlen sich immer mehr behindert, gepeinigt, gedemütigt, ja gebrochen. Weil sie ob der zunehmenden Belastungen und Barrieren für ihre kleinen und mittelgroßen Betriebe (KMU) keinen Ausweg mehr sehen. Weil sie sich vermehrt gezwungen sehen, Gesetze zu übertreten.

Alleine im Arbeitnehmerschutzgesetz gibt es über 1.000 Paragraphen, die es zu befolgen gilt. Z. B. schaffen dem Mittelstand die Karenz-Vorschriften und die Eltern-Teilzeitbeschäftigung mit Rechtsanspruch jede Menge Zusatzkosten sowie interne Besetzungsprobleme. Z. B. muss er innerbetrieblich eine Evaluierung der Arbeit auf psychische Belastung durchführen – eine Art Anleitung zur Burn-Out-Diagnose. Z. B. dürfen wegen Staubgefahr keine Besen und Druckluftreiniger mehr verwendet werden, nur mehr teure Staubsauger.

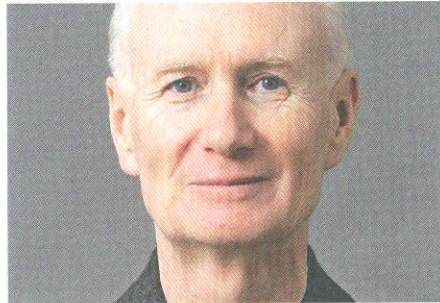
Gute Miene zu bösem Spiel

Die unfassbar vielen und komplizierten Vorschriften bei der Betriebsanlagen-Genehmigung sind auch nie annähernd komplett zu erfüllen. Z. B. sind immer umfangreiche Brandschutz-, Fluchtweg- und Abfallkonzepte zu erstellen. Z. B. sind für alle Genehmigungsbereiche eigene Beauftragte im Betrieb zu bestimmen, dafür frei zu stellen und zu bezahlen. Z. B. fühlen sich die KMU den juristisch versierten prüfenden Beamten gegenüber ständig unterlegen und ihnen ausgeliefert.

KMU können nicht wie Großfirmen ihr Einkommen wo anders vorteilhaft versteuern. Sie werden von zu vielen Steuern und Abgaben belastet. Für all die vielen Steuergesetze brauchen sie einen zu bezahlenden Steuerberater, quasi als Anwalt gegenüber

dem Finanzamt, allein sind sie chancenlos. Oft müssen Mittelstandsbetriebe einen Rechtsanwalt zu Rate ziehen, um alle relevanten Gesetze über z. B. Produkthaftung, persönliche Haftungen, Vertragsrechte, Gewährleistungen, Warn- und Hinweispflichten, Insolvenzrecht, Bauordnungen, Normen erfüllen zu können. Und müssen noch gute Miene zum bösem Spiel machen.

Der deutsche Wirtschaftsexperte Bernhard Orlik schlägt im aktuellen „Manager Magazin“-Interview ähnliche Töne an: „Die Gesetzeslage wird für Unternehmen immer



Wolfgang Lusak, Lobby-Coach und Unternehmensberater

komplexer, insbesondere die kleineren reagieren inzwischen genervt bis fatalistisch. Diese haben keine Interessenvertretung beim Gesetzgebungsverfahren und können sich somit nur schwer Gehör verschaffen. Damit alle Vorschriften für deutsche Unternehmen befolgt werden können, müssen Unternehmen einen nicht unwesentlichen personellen Einsatz planen.“

Ein österreichischer Unternehmer rechnet mir ein Beispiel vor: „Für die Erfüllung nur einer Bestimmung der Grenzwertverordnung für Staub brauche ich von Soll zu Ist bis zu 200 Mitarbeiter-Arbeitsstunden; von diesen Bestimmungen gibt es ca. 30, macht also 6.000 Stunden – diese Verordnung betrifft nur einen Teil eines Paragraphen im Arbeitnehmerschutzgesetz, also 6.000 Stunden mal 1.000 Paragraphen ...?“ Dann bricht er in irres Gelächter aus.

Und so „passieren“ Gesetzesübertretungen irgendwann einmal wie von selbst: Z. B. werden im Druck zwischen Arbeitszeitengesetz, Preisdruck bei der Auftragsvergabe und vernünftiger Zeiteinteilung im Sinne

des Kunden (aber auch des Mitarbeiters) Stundenaufzeichnungen gefälscht. Werden Beauftragte, Evaluierungen und Prüfungsberichte (zumeist mit Wissen der Mitarbeiter) in Berichten „erfunden“, um Zeit für Auftragsbearbeitung zu gewinnen. Z. B. werden Kosten in die Buchhaltung aufgenommen, die eigentlich privat entstanden sind, um ruinösen zusätzlichen Steuerzahlungen zu entgehen. Usw.

Wo bleibt Existenzsicherung?

Wer jetzt hier Pfui ruft, hat nicht verstanden, was der eigentliche Skandal dabei ist: Die das Land erhaltenden KMU werden ausgebeutet, behindert und in die Illegalität gedrängt. Die dem Land oft Steuern und Nachhaltigkeit vorenthaltenden multinationale Konzerne und Eliten können im Verband mit Globalbanken und einer regelrechten Vermögenserhaltungs-Industrie aus Steuerberatern, Rechtsanwälten und Profilobbyisten (die sie alle aus der Portokassa zahlen) ganz legal Gewinne verschieben und Lohndumping betreiben. Sie bekommen überproportional viel Kapital, Förderung und Infrastruktur zugesprochen und werden im Extremfall auch noch auf Staatskosten „gerettet“. Das systematische Ausbeuten des Mittelstandes ist nicht nur mit dem Schlachten irgendeiner Melkkuh zu vergleichen. Das ist das weitgehend unbeachtete zu Tode foltern der einzigen Melkkuh, die wir haben! Dennoch kann und will die verantwortliche Politik nicht sehen, was da passiert. Bei den sozial Schwachen sagt man nicht zu Unrecht, sie brauchen eine faire Mindestsicherung. Wo bleibt die Existenzsicherung des Mittelstandes? Wenn wir Qualitätsprodukte und Leistungen aus Österreich, wenn wir soliden Umwelt- und Klimaschutz und wenn wir hier und nicht irgendwo anders die Arbeitsplätze haben wollen, dann brauchen wir endlich eine durchsetzungsstarke Lobby der Mitte. Erster Schritt: Die Regierung sollte einen eigenen Mittelstandsbeauftragten auf Staatssekretär-Ebene einsetzen, der alle Anliegen der KMU bündelt, ihr Lobbying koordiniert und als Ombudsmann fungiert!

Kontakt: Lobby der Mitte
office@lobbydermitte.at
www.lobbydermitte.at, www.lusak.at